

**Wahl des Europäischen Parlamentes
am 25. Mai 2014**

**Antworten der SPD
zum Fragenkatalog des
Deutschen Behindertenrats**

Beantwortung aller Fragen im Zusammenhang:

Viele Bürger haben das Vertrauen in Europa verloren, weil sie die Politik der Europäischen Union als abgehoben, bürokratisch oder ungerecht empfinden. Diese Wahrnehmung möchten wir Sozialdemokraten ändern. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, brauchen wir einen Politik- und Stilwechsel. Europa muss sich endlich wieder den wichtigen Fragen, wie der Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und der Bekämpfung der Steuerflucht zuwenden. Der Grundsatz der Inklusion spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Denn nur wenn alle Menschen einbezogen werden, kann die Europäische Union eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Politik gestalten.

Europa darf nicht als bloße wirtschaftliche Union verstanden werden. Um die Fehler der europäischen Währungsunion sowie die negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu korrigieren, muss die soziale Dimension in den Vordergrund gerückt werden. Auf dem Weg zu einer politischen Union bedarf es einer solidarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Bedürfnisse aller Europäer in den Mittelpunkt stellt. Die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber EU-Bürgern mit Behinderung ist dabei ein zentrales Thema.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns ein wichtiger Ausgangspunkt, um die Re-formen für Teilhabe und Gleichstellung fortzusetzen. Es geht uns darum, die Leistungen zum Nachteilsausgleich und zur gesellschaftlichen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen europaweit ein-kommens- und vermögensunabhängig zu gestalten. Eine Weiterentwicklung des Leistungsrechts für Menschen mit Behinderungen darf sich nicht auf eine Behinderten-gruppe beschränken, sondern muss für eine Beseitigung von Barrieren und einen Ausgleich tatsächlicher Nachteile für jeden Menschen mit Behinderung sorgen.

Auf Bundesebene hat die SPD erreicht, dass sich der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU zur Leitidee einer inklusiven Gesellschaft und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bekennt. Er ebnet den Weg für Reformen für Menschen mit Behinderungen, die geeignet sind, bestehende gesetzliche Regelungen zu einem modernen Teilhaberecht weiterzuentwickeln. Die Inklusionsziele der UN-Behindertenrechtskonvention werden von uns konsequent verfolgt.

Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass die Grundsätze der Inklusion und der UN-Behindertenrechtskonvention auf allen Ebenen gelten müssen, also auch für Politik und Entscheidungen auf Ebene der Europäischen Union. Dafür wird sich die SPD gemeinsam mit den sozialdemokratischen Parteien in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ein-setzen. Insbesondere wird es in der kommenden Wahlperiode des Europäischen Parlaments darum gehen, den gleichberechtigten Zugang zu Waren und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen sicherzustellen und die EU-Richtlinie zum Zugang zu Web-Seiten voranzubringen.

Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass wichtige Schritte für den barrierefreien Verkehr in ganz Europa umgesetzt werden. In der EU-Gesetzgebung ist die Barrierefreiheit mittlerweile für alle Verkehrsträger festgeschrieben. So gelten zum Beispiel europaweit einheitliche technische Vorschriften für die Infrastruktur im öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn, die eine uneingeschränkte Nutzung für Fahrgäste mit Behinderungen gewährleisten sollen. Der Rechtsrahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze - Europas Hauptverkehrsadern - schreibt die Zugänglichkeit der Infrastruktur für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ebenfalls vor.

Was gesetzlich verankert ist, sieht in der Praxis leider oft anders aus. Es kann nicht akzeptiert werden, dass notwendige technische Vorkehrungen an Fahrzeugen oder Infrastruktur fehlen und geltende Beförderungsrechte einfach ignoriert werden. Die Mitgliedsstaaten müssen EU-Recht konsequent umzusetzen. Die Kommission sollte ihren Vorschlag für ein europäisches Barrierefreiheitsgesetz veröffentlichen. Außerdem ist es wichtig, eine verkehrsträgerübergreifende Gesetzesinitiative zu Fahrgastrechten auf den Weg zu bringen.

Wir haben uns im Europäischen Parlament von Anfang an für die zügige Annahme und Umsetzung der fünften Antidiskriminierungsrichtlinie eingesetzt. Leider ist für eine Annahme Einstimmigkeit im Rat notwendig. Die Richtlinie ist besonders wichtig, um das Recht auf Nichtdiskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, der Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung nicht nur im Beschäftigungsbereich zu sichern - für den es bereits europäische Regelungen gibt -, sondern um es auf die Bereiche soziale Sicherheit und Gesundheitsschutz, Bildung sowie den Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen auszuweiten.

Nicht zuletzt geht es uns auch darum, die Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention in allen EU-Institutionen umzusetzen und für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zu werben. Dies alles sind wichtige Schritte hin zu einem inklusiven, vielfältigen und demokratischen Europa, für das wir Sozialdemokraten uns einsetzen werden.